

Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint

wöchentlich jeden
Sonnabend.

Jährlich
52 Nummern.

Abonnements

nehmen alle Post-
anstalten entgegen.

Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:

Berlin N. 37, Metzger Strasse No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:

Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:

Jeden Dienstag Morgen.

Zu den General-Versammlungs-Anträgen.

Die bevorstehende Generalversammlung ist auf eine Zeitdauer von drei Tagen bemessen. Innerhalb dieser Zeit soll aber eine umfangreiche Tagesordnung erledigt werden, wobei es mancherlei Meinungsverschiedenheiten auszutragen gibt. Diese Umstände werden es rechtfertigen, wenn wir (vonseiten der Redaktion) schon heute zu gewissen Anträgen Stellung nehmen; es geschieht das, um durch die hier zu gebenden Darlegungen womöglich einige überflüssige Debatten zu vermeiden. Kostbare Zeit soll man nur mit dem absolut Notwendigen belasten.

Hamburg beantragt eine andre Reihenfolge der Tagesordnung. Dem Antrag kann u. E. nicht zugestimmt werden. Die Tagesordnung muß eine Folge haben, daß der eine Punkt sich dem andern organisch anschließt. Statutenberatung und Beratung sonstiger Anträge kann erst eine Folge von Beschlüssen sein, die über die Fragen der Agitation und Organisation einerseits, des Beitrags- und Unterstützungswesens andererseits gefaßt werden. Wiederum muß auch der Punkt Agitation und Organisation vor Beitrags- und Unterstützungswesen stehen, weil das letztere auf die Bedürfnisse des ersteren Rücksicht zu nehmen hat. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Reihenfolge ist eine organisch auseinander hervorgehende und deshalb für rasche und zweckmäßige Erledigung der Verhandlungen die dienlichere.

Auf die zum Geschäfts- und Tätigkeitsbericht gestellten Anträge hier einzugehen, erübrigt sich, da diese die Referenten und event. die Debatterer doch erörtern müssen.

Im Punkt Agitation und Organisation haben wir drei Anträge, die eine Namensänderung unsrer Organisation bezwecken. Wir gestehen gern, daß auch wir keineswegs mit großer Liebe an dem bisherigen Namen hängen. Es muß aber erwogen werden, was eine Änderung für praktischen Nutzen hätte und ob sie zwingend notwendig ist. Hannover zum Beispiel begründet seinen Antrag mit folgenden Ausführungen:

„Mit der fortschreitenden Entwicklung der einzelnen Verwaltungsstellen unsrer Organisation sind diese gezwungen, sich eng an die Zweigverwaltungen der übrigen Arbeiterorganisationen anzuschließen. Insbesondere tritt dieses in Erscheinung bei größeren Aufgaben, die nur gemeinschaftlich gelöst werden können, z. B. bei der Lösung der Bildungsfrage (Veranstaltung von Theatervorstellungen, Arrangierung von Vorträgen, Kunst- abenden, Besichtigung von Museen, Reglung des

Bibliothekwesens). Des weiteren ist aber auch aus agitatorischen Gründen ein gemeinsames Vorgehen mit der übrigen Arbeiterschaft notwendig. Hier kommen in erster Linie die Vergnügungen in Frage, die für uns von großer Bedeutung sind, erstens in finanzieller Beziehung und zweitens zur Werbung neuer Mitglieder. Sollen unsre festlichen Veranstaltungen wahre Arbeiterfeste werden, so sind wir auf die Mithilfe der übrigen Arbeiter angewiesen. Durch Beteiligung von Theatervereinen, Gesang- und Sportvereinen können unsre Feste nur gewinnen. Die Propagierung unsrer Ideen selbst kann sich nur verstärken durch die tätige Mithilfe der Arbeiter anderer Berufe. Es ist nun für die Verbreitung unsrer Organisation in den Kreisen der übrigen Arbeiter der Name „Verein“ ein Hemmnis, der Name „Zentralverband“ würde diesem abhelfen. — Rücksicht auf gegnerische Organisationen braucht nicht mehr genommen werden, da sich die unsrige die ausschlaggebende Rolle in den Arbeitnehmerkreisen errungen und auch gewahrt hat.“

Diese Ausführungen sagen einiges für die Namensänderung (wenn auch nicht alles stichhaltig ist), es ließe sich dem noch manches andre hinzufügen. Es ist wahr, daß der Name „Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein“ in den Kreisen, zu denen wir heute gehören, nicht gut klingt und bei dem, der unsern Verband noch nicht kennt, Mißtrauen hervorzurufen geeignet ist: „Ist denn das überhaupt eine freie Gewerkschaft?“ Andererseits könnten aber auch Gründe ins Feld geführt werden, die grade für die „unschuldsvolle“ Bezeichnung sprechen, zum Beispiel bei der Stellenvermittlung in der Herrschaftsgärtnerbranche, bei Zuführung von neuen Mitgliedern, die noch in alten Vorurteilen befangen sind. Aber diese Gegen Gründe werden durch die Fürgründe vielleicht aufgehoben. Außerdem ist es charaktervoller, daß man sich überall ganz frei und offen als der darstellt, der man ist. Grundsätzlich hätten wir gegen eine Namensänderung also nichts einzuwenden. Ob sie zur Zeit nicht zu umständlich wäre und vielleicht auch zuviel Kosten verursachen würde (alle Druckformulare und auch die Mitgliedsbücher und -Karten müßten ja ebenfalls geändert werden), darüber wird in der Gen.-Vslg. der Zentralvorsitzende wohl die erforderliche Auskunft geben; ebenso darüber, ob die Gründe für Änderung zur Zeit wirklich zwingende sind. Wenn eine Namensänderung ins Auge gefaßt werden sollte, dann aber eine, die so kurz wie nur irgend möglich ist; das erfordert heute einfach die praktischen Verhältnisse. „Zentralverband der Gärtner“ erscheint uns von den gemachten Vorschlägen der annehmbarste Titel. Wenn's mit einem Wort abzumachen wäre, wär's noch besser. — Der Antrag, gleich auf einen Zusammenschluß mit dem erst zu ent-

wickelnden Landarbeiterverband hinzuwirken, ist nicht erörterbar, weil das Ziel in noch viel zu weiter Ferne liegt.

Die Frage einer eventuellen Einziehung des Postens eines zweiten Beamten im 5. Bezirk wollen wir hier nicht erörtern; die läßt sich mit ein paar Worten nicht abtun, sondern bedarf gründlicher und reiflicher Erwägungen, die, soweit die direkt Beteiligten es nicht für notwendig erachten sollten, bereits vorher in der Zeitung darzulegen, nur auf der Gen.-Vslg. selbst möglich sind. — Eine Einziehung des Beamtenpostens im 4. Bezirk kann aber kaum mehr in Frage kommen, was ziemlich leicht nachzuweisen sein wird; denn eine wirkliche finanzielle Belastung erwächst der Organisation aus diesem Posten in baldiger Zeit nicht mehr. — „Jede weitere Vermehrung der Beamten während der nächsten Geschäftsperiode“ durch Beschluß einfach zu verbieten, wäre mindestens unklug. Wir wissen heute nicht, welche Bedürfnisse die neue Geschäftsperiode zeitigen kann. Da muß gewisse freie Hand gelassen werden. Höchstens wäre zu erwägen, ob zur Entscheidung einer derartigen Frage den Agitationsbezirksleitungen ein gewisser Einfluß eingeräumt werden könnte.

Zu den Punkten: Agitation und Organisation in den Herrschafts- und in den Gemeinde- (bezw. Stadt-) Gärtnereien werden die Referate und die von den Referenten wahrscheinlich aufzustellenden Leitsätze wohl die erforderliche Unterlage geben; das übrige hat die Aussprache zu bringen.

Beitrags- und Unterstützungswesen. Die Vorschläge und Anträge hierzu gehen ziemlich weit auseinander; wo sie sich berühren, da weichen sie wieder in den Einzelheiten voneinander ab. Nimmt man zu den Anträgen noch die zu dem gleichen Gegenstande veröffentlichten Artikel, so kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Bedürfnisse in den verschiedenen Orten und Bezirken auch ziemlich verschieden sind, und daß es am zweckdienlichsten sein wird, diesen Bedürfnissen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Bisher fuhren wir recht gut, indem wir die Erhebung der Ortszuschläge wesentlich dem Ermessen der einzelnen Orte anheimstellten. Dabei kamen wir nach und nach zu immer bessern Beitragsleistungen. Wir werden gut tun, diese Erfahrung auch für die Erhöhung des Beitrages an die Hauptkasse nutzbar zu machen. Und da erscheint uns am annehmbarsten der Vorschlag des Kollegen C. F. Otto in Nr. 24 d. Ztg., zwar nicht in all seinen Einzelheiten, aber in der dort ange-

wendeten Methode der sogen. „Fünfpennigstaffelung“. — Man wird in der Erörterung dieses Verhandlungspunktes wohl am besten so verfahren, daß man erst grundsätzlich sich schlüssig wird: Die vom Hauptvorstand für die Hauptkasse geforderte jährliche Mehreinnahme von rund 7000 Mk. (bei gleichbleibendem Mitgliederbestande) muß die Hauptkasse bekommen, um für die Kampfaufgaben gerüstet zu sein. Dieses scheint übrigens niemand zu bestreiten, und könnte darin also gleich von vornherein Einhelligkeit festgestellt werden. Dann aber kommen die Mittel und Wege, wie die Summe am dienlichsten zu erlangen sei.

Hamburg hat da mit seinen Anträgen ein Verfahren vorgeschlagen, das uns einigermaßen befremdet, umso mehr befremdet, als grade die Hamburger Bewegung sonst von großzügigeren Gesichtspunkten aus geleitet worden ist. Hamburg will an allen Einrichtungen „sparen“ und dadurch die geforderten Mittel aufbringen. 4000 Mark sollen da allein erspart werden durch die von ihm geforderte Einziehung von zwei Beamtenposten. Dabei läßt es aber außer Ansatz, was dadurch an diesen Plätzen wieder durch Wenigereinkommen von Beiträgen verloren gehen muß. Möglicherweise ist diese Summe ebenso hoch oder noch höher wie diejenige, die man glaubt, ersparen zu können. Dazu kommt ferner die Allgemeinschwächung der Organisation, die sich mit ergeben würde. Dann die Ersparnis an der Zeitung. Was durch die beantragte Einschränkung des Umfangs finanziell zu ersparen wäre, — sollte das nicht wieder verloren gehen einteils durch Schwächung der Agitationskraft und andernteils durch Verringerung der durch die Zeitung zu leistenden Erziehungsarbeit? Mitglieder, die regelmäßige Abonnenten der parteipolitischen Tagespresse sind, erleiden allerdings keine Einbuße; aber wieviel Prozent sind denn solche Abonnenten, und um wieviel vermögen wir denn in den nächsten Jahren dieses Prozent-

verhältnis zu steigern?! Gewerkschaftliche Organisationen müssen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit mehr von kaufmännischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Wie man den Kaufmann, der sein Geschäft dadurch zu heben sucht, daß er die Zahl seiner Angestellten verringert und dadurch der Kundschaft Bequemlichkeiten entzieht, die Reklame einschränkt und überall an den sonst üblichen Aufwendungen abzuknapsen sucht, mitleidig als Krämerseele bezeichnen wird, so ist man genötigt, solches auch von einer Gewerkschaft zu sagen, die nach ähnlicher Methode verfährt. Das so geleitete Kaufmannsgeschäft und die geleitete Gewerkschaft; beide kommen dabei nicht vorwärts, sondern gehen zurück. Man soll nicht an den verkehrten Stellen sparen. — Übrigens steht die von Hamburg beantragte Sparmethode auch im Widerspruch mit der eignen dort bisher geübten viel großzügigeren Praxis; es sollte schon aus diesem Grunde von solchen Empfehlungen lieber Abstand genommen haben. — Den gleichen kleinlichen Zug finden wir darin, daß beantragt wird, keinesfalls über einen Grundbeitrag von 35 Pfg. hinauszugehen. Wir sind sicher, daß grade Hamburg schon aus eigner Entschließung im Verlaufe der nächsten Jahre zu Beitragserhöhungen übergehen dürfte.

Alles in allem: Die zum Beitrags- und Unterstützungswesen gestellten Anträge und veröffentlichten Artikel geben Bedürfnisse verschiedener Art kund. Andererseits wäre es schädlich, wollten wir uns auf Beitragssätze festlegen, an die innerhalb drei Jahren unter keinen Umständen gerüttelt werden soll. Unser Ratschlag lautet: Man stelle eine Beitragsstaffelung auf, die eine Anpassung an diese Bedürfnisse und eine Fortentwicklung ermöglicht. Dazu könnte die Vorlage von C. F. Otto eine ganz geeignete Unterlage bieten, weil die Staffeln organisch aneinander gereiht sind. Dabei kann sehr wohl daran festgehalten werden, daß, wenn man es verwaltungstechnisch für

erforderlich hält, an jedem Ort nur eine dieser Staffeln Geltung erhält. — Man uniformiere nicht zu sehr, sondern halte die Möglichkeit freier Entwicklung offen!

Internationale Gärtnerorganisation. Die beantragte Beratung, ob es angängig und zweckmäßig ist, in kommander Zeit eine internationale Gärtnerkonferenz einzuberufen, erübrigt sich. Zur Zeit liegt solches Bedürfnis noch nicht vor. Einstweilen kommen wir da noch mit einfachen Korrespondenzen aus. Nur, „um die Mode mitzumachen“, können wir uns auf derlei Dinge nicht einlassen; das wäre zu kostspielig. Warten wir nur ab, bis das Bedürfnis sich einstellt; dann wird der Hauptvorstand schon ganz allein mit einer Befürwortung bezw. einem Antrage hervortreten.

Was die beantragte Einschränkung der Rechte der Beamten auf Generalversammlungen anbetrifft, so lese man nach, was wir dazu schon in der Rundschau Nr. 25 geschrieben haben.

Der Antrag „Nr. 86 Coblenz“ mutet uns etwas sonderbar an. Darüber wird wohl wenig oder garnichts zu sagen sein. Zweimal schon haben wir tüchtige, eingearbeitete, mit Erfahrungen ausgerüstete Beamte aus unsrer Organisation scheiden sehen, weil andre Stellen ihre Kraft höher bewerteten. Will man, daß solches auch in Zukunft sich fortsetzen soll? Glaubt man, daß davon unsre Organisation Nutzen ziehen kann? Wir glauben das Gegenteil. — — —

Wir hoffen, die Generalversammlung werde in allen Fragen Beschlüsse fassen, die auf der Höhe der Zeit stehen, und die unsrer Organisation allseits die Wege ebnen zu weiterer Entfaltung und zu höherem Emporsteigen.

Organisationsfragen.

IX.

Es dürfte nach der recht regen Beteiligung an der Erörterung der zur Debatte stehenden Fragen eigentlich wenig mehr zu sagen sein, es sei denn, die besten Vorschläge herauszuschälen und zur besseren Übersicht zusammenzustellen. Auch sei

Feuilleton.

Eine kleine Erinnerung.

Vor mir liegt eine Festzeitung von 1899, an deren Format sich eine Tageszeitung nicht zu schämen brauchte. Der Kuriosität halber habe ich mir dieselbe aufgehoben. Der Inhalt derselben besteht aus allem möglichem, der Unterhaltung dienenden Liedern und Schnurren wie: „Heil unserm Gärtnerbund“, oder „Es soll Begeisterung uns entflammen, grün Heil, Hurra“, oder ein Potpourri, in welchem jedes Vorstandsmitglied im Gesang verherrlicht wird, und so vieles andre. Auf alle Fälle wurde sehr viel Zeit auf die Zusammenstellung einer solchen Festzeitung verwendet. Und das Stiftungsfest, um das es sich handelte, wurde auch mit dem größtmöglichen Aufwand von Aufregung und Arbeit ausgeführt. Kurz und gut, der Hauptzweck des Vereins war das Vergnügen, denn man stand ja im Stadium des neutralen A. D. G. V. Trotzdem ließen sich gewerkschaftliche Fragen nicht vom Vereinshimmel verbannen, und eine solche Hauptfrage war der Elf-bezgl. Zehn-Stundentag. Und hierzu möchte ich einiges in Erinnerung bringen, welches sich hauptsächlich die vergnügungssüchtigen Elemente merken sollten. Nicht, daß ich ein vollständiger Seltenfröhlich wäre, wie Koll. Schmidt mich einmal nannte, nein; neben des Lebens Mühen braucht man auch Abwechslung in Form von Amusements, um nicht im Kampf ums Dasein zu erschlaffen. Aber ich meine, man sollte derartige Angelegenheiten nur als Mittel zum Zweck benutzen, und nicht als Hauptaufgabe betrachten. Das war aber dazumal nicht der Fall; denn da wird vom I. Vorsitzenden gesungen „... er macht seine Sache gut, hat immer kaltes Blut usw.“, und als es galt, heikle Fragen zu erledigen, so konnte man dies nicht, weil man fürchtete, etwas

zu riskieren. Und nach der Urabstimmung, vier Jahre später, wollte man vom Verein überhaupt nichts mehr wissen. Die Tatsache steht fest, daß zu der Zeit, da der A. D. G. V. neutral war, das heißt Gewerkschaftsfragen Nebensache waren, jedes Mitglied sehr gern als Vorstandsmitglied fungierte, während jetzt jeder sich von so etwas drücken möchte. Nun aber zu der Sache, die ich im Auge habe. Ich komme darauf zurück, weil es jetzt grade zehn Jahre her sind und zweitens, weil ich wieder einmal in der Nähe der schwäbischen Gärtnermetropole weile und deshalb lebhafter daran erinnere werde.

Ich war ein ziemlich junges Kerlchen, dem noch alles neu ist, was man sieht; darum machte es auch einen gewaltigen Eindruck auf mich, daß am 24. Juni 1899 im „Europäischen Hof“ in Stuttgart eine öffentliche Gärtnerversammlung tagte, die sich mit der Regelung der Arbeitszeit befaßte. Es war Sonntag-Nachmittag, und die Versammlung war sehr gut besucht, auch von Unternehmerseite. Die Gehilfen, die Prinzipale. Eine große Lücke in den Tischreihen trennte beide Teile voneinander. Zuvor hatte schon eine Versammlung in der „Glocke“ die Sache ins Rollen gebracht, sodaß es nun zur Entscheidung kommen sollte. Friedlich und im Einvernehmen mit dem Gärtnerverein „Flora“ (Prinzipalverein) sollte die Sache geregelt werden. Trotzdem kam es zu erregten Debatten, worin sich hauptsächlich Herr Gaucher (sprich Gosche) hervor tat, mit seiner Durchfütterung der Gehilfen im Winter, und in ziemlichem Konflikt mit einem seiner ehemaligen Schüler, der unser derzeitiger Vorsitzender war, geriet. Damit hatte sich auch später noch unsre Zeitung zu befassen. Ein Herr Schnitzler, der mich später einmal in die Kirche schickte (aber bloß einmal), tat den denkwürdigen Ausspruch, daß zu seiner Gehilfenzeit noch viel länger gearbeitet wurde. Sie hätten von Früh bis in die Nacht gearbeitet, und der Meister sei stets mit ihnen zufrieden gewesen. Allgemeine Heiterkeit folgte natürlich darauf, sodaß dem Herrn der Faden

ausging und sich auf seine Lorbeern niederließ. Schließlich gelang es aber doch, sich auf eine im Sommer elf- und im Winter zehnstündige Arbeitszeit zu einigen. Zu verdanken war dies dem Umstande, daß die Herren den Harmoniedusel der Gehilfen nicht zerstören wollten. Daß ihnen aber die Sache sehr unbequem war, erhellte daraus, daß kurz darauf der Vorsitzende unsres Vereins entlassen wurde und auch keine Stellung mehr in Stuttgart erhielt. Im selben Betrieb (und zufälligerweise in nächster unbemerkter Nähe mit betreffenden Kollegen arbeitend), wurde ich Zeuge, wie Herr A. ihm plausibel machte, daß er ihn nicht mehr behalten, obwohl er ihm inbezug auf Arbeit und Betragen nichts nachsagen könne, sondern daß er lediglich dem Wunsche der übrigen Prinzipale gemäß handle. Somit war also die Sache für beide Teile erledigt. Ich verließ später meine Stellung, infolge eines Konflikts mit der bestehenden Haus- und Arbeitsordnung, und geriet in die Firma Schnitzler; welcher Herr mir schon von seiner so großen Lächerlichkeit auslösenden Rede bekannt war. Hier gab es keine Arbeitsordnung wie bei A. und gings deshalb auch nicht sehr präzise mit der Arbeitszeit her. Im Sommer drückte man noch ein Auge zu, zudem ich noch der einzige organisierte Kollege im Betrieb war. Als aber nach dem 1. Oktober als Beginn der zehnstündigen Arbeitsperiode verschiedene Meister noch keine Miene machten, die elf-geschweige die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, da kam der Stein nochmals ins Rollen. Man sah nun, daß die Prinzipale ihr Versprechen nur als leere Redensart nahmen und daß die Herren die Gehilfenorganisation gleich Null betrachteten. Es handelte sich dabei nicht nur um eine Firma, sondern jeder Meister tat, wie ihm beliebt, sodaß eine ganze Portion Firmen da waren, die selbst im Winter noch länger als elf Stunden schufteten ließen. Was war nun zu tun? An eine Bewegung in Form von Sperrern oder dergleichen war nicht zu denken, da inzwischen November geworden war, und das sagten sich auch die Prinzipale. Nun wäre freilich

es mir gestattet, mein auf längere Tätigkeit in der Privatgärtnerei basiertes Urteil mit in die Wagschale zu werfen.

Die vom Hauptvorstand aufgeworfene Frage der Bildung einer „Reichssekktion für Privatgärtner“ findet insofern den Beifall der meisten Kollegen, die sich dazu äußerten, daß in Orten mit einer gewissen Anzahl Privatgärtner, eine Sektionsbildung für alle selbständigen Kollegen zweckmäßig sei. Es ist auch nicht zu leugnen, und erscheint einleuchtend, daß sich die Kollegen, die aufgrund ihrer Stellung viele gemeinsame Interessen verbinden, leichter zusammenfinden, um gemeinsame Fragen zu diskutieren. Besonders würde das auf die Kollegen anziehend wirken, in denen das Klassenbewußtsein noch nicht erwacht ist. Die Zusammenfassung dieser örtlichen Sektionen zu einer Reichssekktion hätte hauptsächlich bei Delegationsfragen und Informationen zur Agitation usw. Bedeutung. Es wäre ja zu begrüßen, wenn durch diese Einrichtung die Privatgärtner mehr als bisher für die Organisation gewonnen würden, im eignen Interesse der Privatgärtner. Denn solange dieselben nicht selber in die Reihen der Kämpfenden, der Organisation, eintreten, werden die Klagen über die Misere der Privatgärtner nicht aufhören, wird dieselbe immer noch weiter bestehen. Der vom Kollegen Busch vertretene Gedanke eines Zentralarbeitsnachweises wäre ein wirksames Mittel, auf die Kollegen von der Privatgärtnerei, wie auch auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse dortselbst Einfluß zu gewinnen. Ob aber die einen Gärtner benötigenden „Herrschaften“ sich an die Adresse einer Arbeitnehmerorganisation wenden würden, steht wohl in Frage.

Bezüglich der Beitragsfrage ist, wie vorgeschlagen, bei den unterschiedlichen Löhnen, eine Staffelung durchaus angebracht. In dieser Hinsicht findet der Vorschlag des Kollegen Otto am meisten meinen Beifall. Ob der 30 Pfg.-Beitrag für Bänderinnen im Verhältnis zu deren Entlohnung nicht etwas hoch ist? Es mögen sich vielleicht eine Anzahl vorfinden, deren Entlohnung sich hiermit im Einklang befindet. Nun, die Kollegen in den Großstädten, die mit diesen Kreisen Verbindung haben, werden darüber besser unterrichtet sein als ich. Des weiteren soll sich dieser Beitrag auf Gutsgärtner und rückständige Gebiete erstrecken, und ist dieses auch zu akzeptieren. Es sollte jedoch den Gutsgärtnern unbenommen sein, in eine höhere Klasse überzutreten. Der Sprung auf 40 Pfg., dazu event. noch Ortszuschläge, erscheint wirklich etwas hoch, und sollte man hier eine Zwischenstufe einschalten. 40 Pfg. kann wohl jeder, der einen Durchschnittswochenlohn von 20 Mk. verdient, bezahlen. Für die noch besser Bezahlten käme dann die nächste

Stufe mit 45 Pfg. und für gutbezahlte Landschaftsgärtner könnte eine 50 Pfg.-Klasse eingefügt werden, die in guter Zeit, wenn sie also Beschäftigung haben, diesen Beitrag ganz gut bezahlen können; dafür können sie in flauer Zeit auch eine höhere Unterstützung beanspruchen. Hinsichtlich der Unterstützungen ist es ganz richtig, wenn gesagt wird, daß wir uns da nicht zu sehr engagieren. Doch bin ich der Ansicht, daß wir der 30 Pfg.-Klasse, der Umzugsunterstützung der Gutsgärtner entsprechend, eine Reise- oder Arbeitslosenunterstützung gewähren können und zwar wie folgt:

Nach Beitragswoch.	Tage	pro Tag	Summa
52	20	0,60 Mk.	12,— Mk.
156	30	0,70 „	21,— „
260	35	1,— „	35,— „

Bei einem Beitrag von 35 Pfg.

Wochen	Tage	pro Tag	Summa
52	20	0,70 Mk.	14,— Mk.
156	30	0,75 „	22,50 „
260	40	1,— „	40,— „

Bei 40 Pfg.

Wochen	Tage	pro Tag	Summa
52	20	0,80 Mk.	16 Mk.
156	40	1,— „	40 „
260	60	1,— „	60 „

Bei 45 Pfg.

Wochen	Tage	pro Tag	Summa
52	20	1,— Mk.	20 Mk.
156	40	1,20 „	48 „
260	70	1,20 „	84 „

Die freiwillige 50 Pfg.-Klasse dementsprechend. Unter den angeführten Beiträgen verstehe ich den Gesamtbeitrag.

Der Vorschlag des Hauptvorstandes, betr. Krankengeldzuschuß an die No. 23 qualifizierten Privat- und städtischen Gärtner, ist als Ausgleich gerecht und billig. Von einem Sterbegeld können wir, meines Erachtens, absehen. So gestaltet, werden wir in der Lage sein, unsern Fonds etwas finanzkräftiger zu gestalten als es bisher der Fall war.

Bezüglich der Gartenarbeiter stimme ich Kollegen Busch bei, wonach es sich nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen richtet, ob wir die Agitation dem Landarbeiterverbände überlassen. Ich hege nun das Vertrauen, daß die Generalversammlung alle diese Fragen zu einem für das Wohl unsrer Organisation und der gärtnerischen Arbeitnehmer günstigen Abschluß bringen wird.

K. Heck, Soltau.

X.

Nachdem ich bereits in einem kurzen Artikel mich gegen eine Extrastellung der Privatgärtner ausgesprochen habe, muß ich nochmals zu dieser

Frage Stellung nehmen. Die endgültige Stellungnahme des Hauptvorstandes zu dieser Frage wird wohl erst bei der Beratung dieses Gegenstandes auf der Generalversammlung erfolgen. Aus den mir vorliegenden Äußerungen einer Anzahl Kollegen ersehe ich nun, daß man den Privatgärtnerkollegen garnicht ungern eine „Extrawurst“ braten möchte. Die von den Kollegen Treumann und Steinberg gegen meine Äußerungen geführten Einwände sind ja schon von anderer Seite entkräftet. Zunächst muß ich mich dem Vorschlage, die Organisation dieser Kollegen den Bezirksvorständen zu überweisen, anschließen. Denn die Hauptarbeit fällt naturgemäß den Kollegen zu, die die Verhältnisse des zu bearbeitenden Gebietes kennen.

Dem Vorschlage, für Gutsgärtner allgemein den 30 Pfg.-Beitrag einzuführen, kann ich nicht beitreten. Man sollte die Gutsgärtner den zuständigen Lohngebieten zuteilen, und hiernach die Beitragsklasse festsetzen. Es ergibt sich ja dann hieraus, daß auch die Verwaltungsarbeiten von den Bezirks- resp. Zweigvereinsvorständen erledigt werden müssen. Die Bedeutung dieses gegenseitigen Verbundenseins der Kollegen vom Lande und aus der Stadt ist nicht zu unterschätzen. Diese Gutsgärtner können auch, wenn sie nicht zu weit entfernt wohnen, an den verschiedenen Veranstaltungen der einzelnen Vereine des Bezirks teilnehmen. Sehr leicht ließe sich dieses arrangieren bei Ausflügen und Vergnügungen. Auch könnten sie vielfach den Privatgärtnersektionen angehören. Bei der Einrichtung dieser Sektionen kann es sich natürlich nur um die Form handeln, wie sie vom Kollegen Busch - Hamburg gezeichnet wurde.

Auch die Gründung einer Reichssekktion kann ohne weiteres vor sich gehen. Die Beitragsfrage wird jedoch schwer zu lösen sein. Es wird da einfach erklärt, die Privatgärtnerkollegen wollen keine hohen Beiträge zahlen, weil es ihnen nichts nützen soll. Ihnen fehlt also das nötige Solidaritätsgefühl. Doch dieses trifft man auch bei der übergroßen Mehrzahl der Kollegen aus den gewerblichen Betrieben. Hier müssen die Agitatoren durch aufreibende Aufklärungsarbeit diese gewinnen. Anders wird es aber auch bei den Privatgärtnern nicht sein. Solange sich bei ihnen nicht genügend Klassenkenntnis Bahn gebrochen hat, werden sie auch trotz niedriger Beiträge und „großer Extrawurst“ nicht zu organisieren sein. Die niedrigen Beiträge befürwortet man nun mit der sonderbaren Begründung, wenn man die Kollegen erst einmal organisiert hat, diese sich schließlich schneller zur Klassenkenntnis durchringen würden. Sonderbar deshalb, weil von allen Kollegen zum Ausdruck gebracht wird, daß die Privatgärtner keine Ursache haben, sich ihren

das einfachste gewesen, die Organisation wäre direkt vorstellig geworden, aber dies scheiterte an dem Verhalten des Vorsitzenden, und so blieb weiter nichts übrig, als eine Beschwerdeschrift aufzustellen, die von den in diesen Betrieben tätigen Kollegen gedeckt wurde. Die Folge hiervon waren dann Entlassungen am 1. Dezember. Also, die Herren spielten auch noch die Entrüsteten darüber, daß man sie an ihr Versprechen erinnerte. Es war gleichsam dasselbe im kleinen, was sich vier Jahre später in Berlin im großen abspielte. Erst Versprechungen, damit die Gehilfen sich zufrieden geben, dann aber schnöden Wortbruch, und dies alles deshalb, weil die Gehilfenorganisation alles friedlich schlichten wollte, und weil die Gehilfenorganisation als neutraler Verband keinen Rückhalt an den Gewerkschaften hatte.

Ich war nicht der Einzige, dem es so erging (denn sonst würde man garnicht daran denken), sondern es waren schon eine ganze Portion Fälle gemeldet, als ich meine Neuigkeit von der Kündigung am 15. November im Verein vorbrachte. Welche Firmen sich alle dadurch berühmt machten, könnte ich heute nicht mehr mit Gewißheit angeben; aber der Herr Hausmann, der erst kürzlich wieder Gelegenheit bot, daß sich unsre Zeitung mit ihm beschäftigte, war neben Herrn Schnitzler auch dabei. Die Herren nahmen dabei keine Rücksicht darauf, daß sie die Gehilfen mitten im Winter auf die Straße setzten; aber im Moralpredigen und die Leute zu Kirchgängern erziehen, glaubte man sein möglichstes tun zu müssen. Ich für meine Person kann dem Herrn allerdings nur dankbar sein für seine Handlungsweise; denn wenn ich vorher im Verein war, nur um organisiert zu sein, so erreichte es dieser Herr, daß ich aus einem bloß zahlenden Mitglied ein überzeugtes Mitglied wurde, und daß ich für weitere Kämpfe, die auch nicht ausblieben, abgehärtet wurde.

Die Kollegen aber mögen hieraus die Lehre ziehen, daß ein Verein, der im Vergnügen stark ist,

noch lange keine Organisation ist, die stark genug ist, die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu schützen. W. Btz.

— **Katechismusfragen.** Der Schweizer Pfarrer und Sozialdemokrat Pflüger hat einen Katechismus für Arbeiterkinder verfaßt, in dem sich über die Arbeitslosigkeit und Überproduktion folgende Fragen und Antworten finden:

1. Wer sind die Arbeitslosen?

Arbeitslose heißen diejenigen, die arbeiten wollen, aber nirgends Arbeit und Verdienst finden und darum in Not und Elend geraten.

2. Warum finden manche Lohnarbeiter keine Arbeit?

Weil die Arbeitgeber die Produktion (Herstellung von Waren) oft einschränken und einen Teil ihrer Arbeiter entlassen.

3. Warum entlassen oftmals Arbeitgeber einen Teil ihrer Arbeiter?

Weil die hergestellten Waren sich anhäufen und der Arbeitgeber diese Vorräte nicht leicht verkaufen kann.

4. Warum werden also viele Arbeiter arbeits- und brotlos?

Weil so viele Vorräte da sind! Infolge des vorhandenen Überflusses (der sogenannten Überproduktion).

5. War das immer so?

Nein, in früheren Zeiten hungerten die Armen, weil zu wenig da war; erst in neuerer Zeit darben manche Leute, weil zu viel da ist. Wie unsinnig ist es doch, daß Menschen infolge Überflusses an Vorräten brotlos werden!

6. Sind denn wirklich mehr Waren vorhanden, als das Volk gebrauchen kann?

Nein, das Volk könnte die aufgespeicherten Warenvorräte gut brauchen; du und ich haben

noch allerlei Bedürfnisse, die wir gern befriedigen würden.

7. Warum kaufen denn die Leute nicht mehr ein? Weil die meisten Leute zu wenig Geld haben, um mehr einkaufen zu können.

8. Warum haben die meisten Leute zu wenig Geld?

Weil sie einen geringen Lohn bekommen.

9. Welche Folgen haben also geringe Löhne? Die Arbeiter können bei geringen Löhnen nur wenig ausgeben; die Waren finden darum geringen Absatz und häufen sich in den Magazinen der Fabrikanten und Geschäftsleute auf. Daraufhin schränken die Unternehmer die Produktion ein; viele Arbeiter werden aus den Geschäften entlassen und sind arbeits- und brotlos.

10. Was verhütet also die gefürchtete Arbeitslosigkeit?

Höhere Löhne verhüten die Arbeitslosigkeit.

Die Indifferenten.

Von Karl Kaiser.

Ihren schläfrig-dummen Augen ist kein Wutblitz zu entlocken, Hunde sind sie und zufrieden Mit den zugeworfnen Brocken.

Woch' um Woche seh ich ruhig Stillvergnügt sie weiterschancen — Und wenns der Fabrikherr wollte, Trügen sie ihn Buckelranzen.

Läßt er sie nur existieren, Nebenbei noch Kinder machen, Werden sie nie rebellieren, Braucht er sie nie zu bewachen.

(Schleswig-Holst. Volksztg.)

Pflichten zu entziehen. Kollege Kaiser, Frankfurt a. M., faßt dieses in die Worte zusammen: „Wenn wir uns nunmehr energisch an die Organisierung heranmachen wollen, ist es nötig, daß wir zuerst erkennen lernen, daß der Gärtnerberuf als Ganzes zu betrachten ist, daß alle Branchen, ob Privat-, Stadt- oder Gewerbegärtnerei ein- und dieselben Interessen zu vertreten haben.“

Wenn wir nun wissen, daß die Organisierung der Privatgärtnerkollegen auf Kosten der gewerblichen Berufskollegen geschehen soll, müssen wir auch erfahren, warum dieses geschieht. Es sind taktische Erwägungen, von denen man da ausgeht. Bestärkt wird man hierin, wenn man die Artikel über Ständedünkel und Ständebewußtsein nachliest. Denn das Entgegenkommen gegenüber den Privatgärtnern ist eine Konzession an den Kastengeist, der sie beherrscht, und dem Rechnung getragen wird, indem man die Gehilfen von den Sektionen ausschließen will. Wer jedoch glaubt, durch dieses Entgegenkommen die Kollegen leichter zu gewinnen, wird sich getäuscht sehen. Die in der Agitation tätigen Kollegen werden mir bestätigen, daß in vielen Fällen nicht die Beitragshöhe, sondern andre Faktoren den Kollegen vom Beitritt zurückhalten. Nur eine intensive Aufklärungsarbeit im Verein mit einer genauen Erledigung der verwaltungstechnischen Arbeiten werden die Erfolge zeitigen. Denn es kommt doch nicht nur auf das Gewinnen, sondern auf das Halten der Mitglieder an. Und das wird Geld kosten.

Besonders die Kollegen aus der Privatgärtnerei sind darauf angewiesen, ihr fachliches Wissen zu erweitern. Auch hat unsre Organisation die Pflicht, den gesamten Kollegen die Ausbildung in der Fachwissenschaft zu erleichtern. Ich möchte da den Vorschlag machen, alle 14 Tage eine vier Seiten starke Beilage fachwissenschaftlichen Inhalts herauszugeben. Aber auch das Unterstützungswesen wird große Summen verschlingen, denn man bedenke, daß hier meist ältere verheiratete Mitglieder in Frage kommen. Es könnte sich also bei dem Braten der „Extrawurst“ nur um ein kurzfristiges Provisorium handeln, wenn man die Kasse nicht zu sehr belasten will, was ausgeschlossen ist, da ja sonst die ganze Finanzreform — bei der auch die Liebesgabe vorgesehen — keinen Zweck hätte.

Auch die technische Durchführung der Extraeinrichtung wäre mit Schwierigkeiten verknüpft, da auch die Kollegen aus der Privatgärtnerei in die gewerbliche Gärtnerei überspringen. Auf keinen Fall dürfen wir einer Kategorie von Berufsarbeitern, die wirtschaftlich mit am besten gestellt sind auf Kosten der übrigen Arbeiter des Berufes Vorteile gewähren. Das widerspricht den gewerkschaftlichen Grundsätzen. Im übrigen soll man sich von der Gründung der Sektionen selbst nicht alles Heil versprechen. Nach meiner Auffassung sollten die Sektionen mehr dem Ausbau der Organisation dienen. Die Propagierung unsrer Ideen, die Bestimmung unsres Ziels sollte der Gesamtorganisation überlassen bleiben. Gust. Wächter, Hannover.

Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens.

VIII.

Gute Finanzen sind die Grundlage für eine gezielte Entwicklung jeder Organisation, besonders einer Kampforganisation wie die unsrige. Da der Kassenbestand unsrer Hauptkasse als befriedigend in diesem Sinne nicht angesehen werden kann, soll die Generalversammlung Mittel und Wege finden, die diesem Übelstande abhelfen.

Die Vorlage des Hauptvorstandes bringt bei Kürzung der Unterstützungssätze eine Erhöhung des Grundbeitrages um 5 Pfg. Die Kollegen Link und Busch verwerfen eine Beitragserhöhung, wie sie die Vorlage des Hauptvorstandes vorsieht, weil nach ihrer Meinung nicht durchführbar. Die von dem Kollegen Link vorgeschlagene erhöhte Abführung der Ortskassen ist ohne Beitragserhöhung nicht möglich, da die Beamtenorte schon jetzt den vollen Beitrag à 35 Pfg. abführen. Es würden also nach den Vorschlägen von Link und Busch lediglich die Ersparnisse bei der Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in Frage kommen. Ich bin nun der Meinung, daß eine derartige Stärkung der Hauptkasse, wie wir sie benötigen, nicht nur durch Ersparnisse an den Ausgaben erzielt werden kann, sondern daß auch erhöhte Einnahmen geschaffen werden müssen, welches ja nur durch Erhöhung der Beiträge geschehen kann.

Hiergegen wird nun geltend gemacht, daß dieses die Agitation erschweren, und unserm Vordringen in rückständigen Lohngebieten hinderlich sein würde. Der Hauptvorstand hat den Beitrag für rückständige

Lohngebiete um 5 Pfg. erhöht, um auch diesen Kollegen an Unterstützung etwas bieten zu können. Ich glaube, daß dieses nicht ohne Einfluß bei der Agitation in diesen Gebieten bleiben wird. Um nun aber den verschiedenen Verhältnissen in noch weiterem Maße Rechnung zu tragen, will ich noch folgenden Vorschlag machen.

Die freiwillige Klasse III, 45 Pfg. Beitrag, in der Vorlage des Hauptvorstandes fortzulassen, und dafür die 35 Pfg.-Klasse bestehen zu lassen. Diese sowohl, als die 40 Pfg.-Klasse, sind obligatorisch, und muß es den Verwaltungen freistehen, zwischen beiden Klassen zu wählen. Jedoch müßten die Beamtenorte gehalten sein, den erhöhten Beitrag sofort einzuführen. Ich bin der Überzeugung, daß auch die übrigen größeren Verwaltungen, wo die Lohnverhältnisse günstiger liegen, den 40 Pfg.-Beitrag ohne weiteres einführen können. Auf diese Weise könnte der Beitrag den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden und die Hauptkasse hätte eine bedeutende Mehreinnahme.

Die 45 Pfg.-Klasse kann m. E. fallen, weil ich drei Staffeln für genügend halte, auch würde diese vorläufig doch erst in beschränktem Umfange zur Einführung gelangen. Der Kollege Busch behauptet allerdings, daß die Mehreinnahmen der Hauptvorstandsvorlage zum größten Teil aus dieser Klasse resultieren, was jedoch nicht zutrifft.

Nun zur Arbeitslosenunterstützung.

Hier bin ich der Ansicht, daß in der 40 Pfg.-Klasse unter 1 Mk. pro Tag nicht gezahlt werden kann. Diese Klasse kommt für die größeren Städte in Betracht, und sind die Lebensbedingungen hier doch derart, daß 1 Mk. das Mindeste ist, mit dem sich jemand über Wasser halten kann. Es käme hier m. E. nur eine weitere Kürzung der Bezugszeit in den ersten beiden Staffeln in Frage, wogegen ich nichts einzuwenden hätte. Den Vorschlägen des Kollegen Busch für die 35 Pfg.-Klasse kann man zustimmen. Es wäre noch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht ratsam wäre, auch bei uns die zwei-jährige Steigerung der Unterstützungssätze einzuführen.

Dem Vorschlag des Kollegen Busch, die Zeitung alle vierzehn Tage 4 seitig erscheinen zu lassen, kann ich mich nicht anschließen, bin vielmehr der Ansicht, daß dies eine Sparsamkeit an der verkehrtesten Stelle bedeuten würde. Unser Organ ist eine nicht zu unterschätzende Waffe im Kampf mit unsern Gegnern, und sollten wir hier das einmal Erreichte auch zu halten und weiter auszubauen suchen. Wenn auch momentan die Kosten im Verhältnis zur Mitgliederzahl ziemlich hohe sind, so dürfte doch die auch vom Kollegen Busch erhoffte Vergrößerung der Mitgliederzahl in der nächsten Periode dieses zumeist wieder ausgleichen.

Wilh. Huhnholz, Groß-Lichterfelde.

Nachträglich eingelaufene Anträge.

Nachstehend geben wir noch diejenigen Anträge bekannt, die nach dem festgesetzten Termine eingelaufen sind. Über die Zulassung dieser verspätet eingelaufenen Anträge zur Beratung entscheidet die Generalversammlung selbst, laut § 34 der Statuten.

Geschäfts- und Tätigkeitsbericht.

c) Presse.

88. München. Um die Kosten unsrer Zeitung etwas zu verringern, soll diese im gleichen Format und Qualität an Papier hergestellt werden, wie andre Gewerkschaftsblätter. Ferner soll der Inhalt unsrer Zeitung den Bedürfnissen der Leser mehr angepaßt werden.

Agitation und Organisation.

89. München. Die Generalversammlung möge beschließen, daß ein Teil des jetzigen dritten Agitationsbezirks dem vierten Agitationsbezirk zur Bearbeitung überlassen wird. Es soll jedoch bei dieser Teilung darauf Bedacht genommen werden, daß die Einteilung nicht nach der Landesgrenze, sondern den Verhältnissen entsprechend vorgenommen wird; z. B. die unteren Teile von Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen.

90. München. Durch die Einteilung und Anstellung von Agitationsbeamten erachten wir die Agitationsreisen des Hauptvorstandes als nicht notwendig. Diese sind nur geeignet das Budget der Organisation zu überlasten. Daher beantragen wir, daß Agitationsreisen von Seiten des Hauptvorstandes nur in den allernotwendigsten Fällen unternommen werden.

91. Erfurt. Mehr Agitation seitens der Hauptverwaltung in Erfurt zu betreiben, und die ersten zwei kommenden Jahre einen Beamten auf 4 bis 6 Wochen nach Erfurt zur Agitation zu senden. Beitrags- und Unterstützungswesen.

92. Erfurt. Die Generalversammlung möge Mittel und Wege finden, bei einer eventuellen Bei-

tragserhöhung Erfurt zu berücksichtigen, da aus agitatorischen Gründen eine Beitragserhöhung bei den niederen Löhnen von 14, 15 und 16 Mk. pro Woche nicht vorteilhaft ist.

93. Wiesbaden. Die Generalversammlung möge beschließen, den Verwaltungsstellen mit über fünfzig Mitgliedern das Recht einzuräumen, Unterstützungen auszuführen aufgrund des vom Hauptvorstande aufgestellten Unterstützungsreglements.

94. Wiesbaden. Es jedem Mitgliede freizustellen, welcher Beitragsklasse es angehören will.

Statutenänderung.

95. München. Der Hauptvorstand kann eine außerordentliche Generalversammlung nur dann einberufen, wenn sich derselbe vorher mit den Agitationsbeamten in Verbindung gesetzt und deren Einwilligung erhalten hat.

96. München. Die Gauleiter dürfen an der Generalversammlung nur mit beratender, nicht aber mit beschließender Stimme teilnehmen.

Sonstige Anträge.

97. München. Bei der Beschickung der Gewerkschaftsschule in Berlin soll der 4. Agitationsbezirk berücksichtigt werden.

Berichtigung zu den in voriger Nummer veröffentlichten Anträgen.

Der Antrag 42 von Düsseldorf muß lauten: Die Unterstützungssätze für beide Beitragsklassen von 35 und 45 Pfg. sind einheitlich zu halten nach der Tabelle, die Kollege Link-Düsseldorf in Nr. 24 für die 45 Pfg.-Beitragsklasse vorgeschlagen hat, beginnend nach 52 Beiträgen für 20 Tage à 1 Mk.

Fachtechnische Rundschau.

Wegen der vielfachen Verwendungsart als Zier-, Topf- und Nutzpflanze verdient der Lavendel volle Beachtung, namentlich in zwei Sorten. *Lavandula pinnata* von Madeira und Teneriffa und *Lavandula canariensis* von den Kanarischen Inseln. Aussaat im März im lauwarmen Mistbeet; man sorgt für mäßige Feuchtigkeit und lüftet soviel als möglich. Er wird pikiert, am besten wieder auf lauwarmem Mistbeet und pflanzt aus, sobald keine Fröste mehr zu befürchten sind. Man kann sie auch in Töpfen weiter kultivieren.

Ein ungemein zierender Frühlingsblütenstrauch ist *Magnolia stellata*, eine Pflanze, die vor etwa 30 Jahren aus Japan bei uns eingeführt wurde. Die Pflanze ist nur wenig verbreitet, was wohl auf das langsame Wachstum zurückzuführen ist. Die Kultur ist die gleiche wie bei andern bekannteren Magnolien.

Einjährige Lupinen für den Schnitt werden selten angebaut, und doch lohnt sich die Sache. Man braucht den Samen nur im Frühjahr auf ein Beet in Reihen oder gestreut auszusäen und unterzuhacken. Bis sich die Pflanzen genügend gestärkt haben, wird auflaufendes Unkraut beseitigt. Hernach braucht man nur zu ernten. Die Auswahl der Sorten ist eine große. Die Blumen der einjährigen Lupinen halten sich abgeschnitten besser als die mancher Staudenlupinen.

Eine reichblühende Staude für Gartenschmuck und Schnitt ist *Polygonum alpinum*. Die sehr kleinen, weißen Blüten stehen in Rispen, die ein elegantes, in der Haltbarkeit leider etwas beschränktes Bindematerial liefern. Die Farbe variiert gelegentlich etwas ins Blaßrote, wodurch die Pflanze an Schönheit nur gewinnt.

Centaurea dealbata wird als großblumige Kornblume für den Schnitt empfohlen. Schon die Knospen sind ob der eigenartigen Hüllkelchblättchen interessante Gebilde, die in ihrer strohig-braungelben Färbung gut zu den außen rotlila, innen weißlichen Blüten stehen. Die Blumen erscheinen in großer Zahl von Ende Mai an. Das fiederspaltige Laub ist oberseits grün, unterseits weißfilzig. Die Pflanze gehört zu den Stauden.

Über die Abstammung bekannter Rosensports gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß:

Stammform	Theerosen.	Sport
Mm. Falcot	Mm. Chedanne Guinoisseau	
Gloire de Dijon	Kaiserin Friedrich	
Anna Ollivier	Lady Roberts and, it is believed,	
Mme. Villermoz	Mm. Hoste	
	Letty Coles	
	The Bride	
	Bridesmaid	
	Muriel Grahame	
	Maid of Honour, and	
	Waban	
	Peace	
	White Maman Cochet	
	Sunrise	
	Rainbow	
	White Maréchal Niel	
	Mrs. Pierpont Morgan and	
	Mrs. Oliver Ames	
Mm. Cusin	Isabella Sprunt	
Safrano		

- Hybriden.**
Charles Lefebvre Sit. Rowland Hill
Countess of Oxford Pride of Waltham and
Etienne Levat Duke of Fife
Heinrich Schultheis Paul's Early Blush and
Mrs. John Laing Merrie England
Suzanne M. Rodocanachi Mrs. Sanford
Muriel Rosslyn and
Baroness Rothschild Mabel Morrison
White Baroness and
Merveille de Lyon
Queen of Queens Silver Queen
Mme. C. Joigneaux Wm. Warden
William Warden Mrs. Rumsey
Abel Grand Bessie Johnson
La Duchesse de Morny Elen Drew
- Bourbonrosen.**
Mrs. A. Chandler
Souvenir de la Malmaison Kronprinzessin Victoria and
Malmaison Rouge
Reine Victoria Mme. Pierre Oger
- Rosa Rugosa.**
Conrad F. Meyer A white form named
Nova Zembla
- Moosrosen.**
Princess Adelaide Cumberland Belle
- Polyantha.**
Clothilde Soupert Pink Soupert
Mm. Norbert Levavasseur Maman Levavasseur and
Mrs. W. H. Cutbush
- Wichuraiana.**
Dorothy Perkins White Dorothy
Lady Godiva, and
Christian Curle
Lady Gay Mrs. Littleton Dewhurst

gelber Bella fleur, gelber Edelapfel, gelber Richard, Gloria mundi, Goldparmäne, Jacob Lebel, Kaiser Wilhelm, Königl. Kurztitel, Nathusius Taubenapfel, Oster-Calvill, Parkers Pepping, Schöner van Boskoop, weißer Winter-Callvill.

Fragekasten.

Antwort auf Frage 62: Um Hortensien eine bessere Färbung, d. h. eine blaue, zu geben, hat das Begießen mit Alaunwasser nur dann einen Wert, wenn die Erde eisenhaltig ist, da Alaun das Eisen nur löst, aber nicht von selbst färbt. Dasselbe ist aber mit Vorsicht anzuwenden.

P. Maulwurf, Bocholt (Westf.).

Durch langjährige Erfahrung in der Kultur der Hortensien, erlaube ich mir folgendes mitzuteilen, was speziell die Färbung der Blüten anbetrifft. Ich nehme an, daß der betreffende Fragesteller das Blaufärbende der Hortensien meint. Nach meiner Erfahrung kann man Hortensien, welche im Herbst in gewöhnliche Mistbeete, mit etwas Moorede vermischt, gepflanzt wurden, ohne jeglichen Zusatz von eisenhaltigen Substanzen, Eisenfeilspänen oder dergleichen, mit Alaun blau färben. Sobald die Treiberei der Hortensien beginnt, werden diejenigen Pflanzen, welche blau blühen sollen, extra gestellt. Auf jeden Topf kommt alle 4 bis 6 Tage ein Teelöffel voll Alaun und werden die Pflanzen dann mit klarem Wasser begossen. In früheren Jahren habe ich auch Alaun in Wasser aufgelöst, jedoch halte ich es jetzt für zweckmäßiger, die Töpfe mit Alaun zu bestreuen, denn dadurch kommen der Pflanze die eisenhaltigen Substanzen besser zu gute. Noch möchte ich erwähnen, daß Hortensia Sav. de Claire sich leichter färbt und sehr schön dunkelblau wird, während Hortensia Okoksia mangosa etwas heller bleibt.

Paul Schiemank, Cöln-Lindenthal.

Wie muß ein Gutsgärtner beschaffen sein?

Wenn wir uns mit dieser Frage beschäftigen, so werden wir bei vielen Kollegen ein Kopfschütteln erregen. Und doch ist die Sache nicht so einfach. Um den Kollegen, besonders denen, die noch an die Herrlichkeit des Gutsgärtnerlebens glauben, ein annäherndes Bild zu geben, wie ein Gärtner beschaffen sein muß, der ein so wichtiges Amt zu bekleiden hat, wollen wir im nachstehenden darüber Aufschluß geben.

Der Gärtner O. N. bewarb sich bei einer Frau v. Rohr auf Haus Demmin bei Demmin i. P. um eine Gutsstelle. Anstatt mit dem betreffenden Kollegen nun direkt in Unterhandlung zu treten, holte besagte adlige Dame erst bei dem derzeitigen Arbeitgeber des Kollegen eine Auskunft ein. Über die Berechtigungsfrage zu Auskunftserteilungen läßt sich am Ende nichts sagen. Ganz entzückend aber ist der diesem Schreiben beigefügte „Fragebogen für den Gärtner“, der folgendermaßen lautet:

Fragebogen für Gärtner!

1. Ist er gesund und kräftig?
2. Ist er durchaus ehrlich? Fleißig auch ohne Aufsicht? Faßt er selbst kräftig mit an?
3. Ist er nüchtern, solide, anständig?
4. Kann er Leute im Garten gut anstellen? beaufsichtigen?
5. Ist er energisch gegen Gartendiebe?
6. Hat er Augen für Ordnung im Garten?
7. Hält er seine Geräte gut in Ordnung?
8. Ist er sorgsam in der Arbeit?
9. Kann er selbständig disponieren?
10. Wie ist er im Gemüsebau?
In Obst- und Blumenpflege?
11. Läßt er sich was sagen?
(Ich will meinen Garten der Aufsicht der Landwirtschaftskammer für einige Jahre unterstellen.)
12. Ist er geschickt im Verkaufe?
13. Ist er bescheiden und anspruchlos?
14. Eignet er sich event. für Vertrauensposten?
15. Wie stand er sich im Gehalt?
16. Welche Fehler hat er?
17. Warum verließ er die dortige Stellung?

Ein herrliches Kulturdokument, nicht wahr? Es dürfte nun interessieren, welche Antwort betr. „adlige“ (Adel ist bekanntlich eine Ableitung von edel) Dame vom Arbeitgeber des Kollegen O. N. erhalten hat.

Sie lautet folgendermaßen:

Frau von Rohr

Haus Demmin b. Demmin i. Pom.
Antwortlich Ihres Schreibens vom 11. 5. c. r. teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß der Gärtner O. N. bei uns im Büro als Kontorist beschäftigt

war und sich während der Zeit seines Hierseins als solche solide tüchtige Kraft erwiesen hat, sodaß es sich vollkommen erübrigt, Ihren gütigst beigefügten Fragebogen zu beantworten, der scheinbar mehr für Sklaven als für Gärtner ausgearbeitet zu sein scheint.

pp. N. verließ seine Stellung freiwillig und wird ihm in unserem Betriebe stets eine Stelle offen stehen. Ergebenst

(Unterschrift.)

Wir haben dieser treffenden Antwort nichts weiter hinzuzufügen. Ob die „adlige“ Dame nun dadurch kuriert ist? Wir glauben nicht daran!

Lt.

Ein Musterbetrieb!

Als einen Musterbetrieb, wie er nicht sein soll, möchten wir die Handelsgärtnerei des Herrn M. Trauwitz in Dresden-Striesen, Geisingstraße, bezeichnen.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind derart, daß eine kurze Beleuchtung derselben weite Kreise interessieren dürfte. Normalarbeitszeit von 5 Uhr früh bis 8 Uhr abends, wird aber fast regelmäßig überschritten. Früh 1/5 Uhr, manchmal noch früher, weckt der „Onkel“ (so läßt sich Herr Trauwitz [wie gemütvoll] von seinem Personal titulieren) mit den Worten: „Na los, raus! Die Sonne steht schon am Schuppen.“ So Wochen- wie Sonn- und Feiertags.

Drei in dem Musterbetrieb beschäftigte Mädchen, deren Arbeitszeit noch um ein beträchtliches länger ist, indem sie oftmals bis 11 1/2 Uhr nachts tätig sein müssen, verrichten die qualifizierteren Arbeiten, wie Umpflanzen der Topfgewächse, Pikieren, Pflanzen aufbinden u. a. m. Die Gehilfen verrichten Handlangerdienste, indem sie Erde, Töpfe, Pflanzen herbeiholen und nach dem Verpflanzen wieder fortschaffen u. dergl. Verrichtungen. Außerdem stehen ihnen alle schweren und groben Arbeiten zu. Wir wollen hier nicht alle Arbeiten einzeln anführen. Nur soviel sei gesagt: An die physischen Kräfte werden die denkbar größten Anforderungen gestellt. Dafür dürfen dann die Kollegen ihre Ansprüche auf ein Minimum reduzieren.

Lohn bei freier Station pro Monat 22 bis 28 Mk. Der den Höchstlohn von 28 Mk. empfangende „Erste Gehilfe“ soll natürlich in allen Fächern Hervorragendes leisten.

Die Wohnung ist musterhaft!! Fünf Gehilfen und einem Lehrling stehen zwei Räume (Stube oder Zimmer kann man sie nicht nennen) zur Verfügung. Jeder dieser Räume ist 4,90 Meter lang und 3,45 Meter breit und 2,25 Meter hoch, enthält 2 Fenster, jedes 1,03 Meter hoch und 0,79 Meter breit. Vorhänge sind Luxus, fehlen daher ganz.

In dem einen der genannten Räume, in die man, von einem Verpflanzschuppen aus, über Erdhaufen und allen erdenklichen Rummel, gelangt, stehen vier Betten und zwei Schränke, in dem andern zwei Betten, ein altes Sofa, ein 80 cm langer, 64 cm breiter Tisch (für sechs Mann), zwei Waschstände und ein Stuhl, der ebenfalls als Waschstand dient. Außerdem ist das Telefon in diesem Räume untergebracht.

Zwei- bis dreimal im Jahre werden diese „Svet Homs“ gescheuert.

Diese Gehilfenwohnung, oder besser Stallung, ist an die Nordseite eines Gewächshauses angebaut. Zur Verbesserung — oder Verpestung? — der Luft sind an der Fensterwand unterhalb den Fenstern Kaninchenställe angebracht. Dieselben sind dicht bevölkert, reichen bis an die Fensterbank und erstrecken sich unter alle vier Fenster.

Die Bewohner befinden sich nun in einer höchst unangenehmen Situation. Werden die Fenster geöffnet, so strömt der penetrante Gestank der Kaninchenställe herein. Bleiben sie geschlossen, so entwickelt sich in den Räumen ein wunderbarer Duft, gemischt aus Wanzenaroma und Petroleumdunst. Mit Petroleum geht man ab und zu dem die Bettstellen bevölkernden Rotwild zuleibe. Wahrhaftig, ein Idyll!! (Die Dresdner Polizei ist dabei, die Wohnungen zu revidieren, hauptsächlich dort, wo Schlafstellen vermietet werden. Vielleicht erleben wir noch den Tag, an dem die Massenquartiere in den Gärtnereien ebenfalls an die Reihe kommen.) Den Onkel allerdings sollen diese Düfte nicht stören. Das öftere Schmeuzen seines Riechorgans mit der bloßen Hand, mit nachfolgendem Abwischen der letzteren an der engl. Lederhose, läßt auf einen chronischen Schnupfen schließen, der Onkeln um die Duftgenüsse bringt.

Die Wohnung der drei oben genannten Mädchen haben wir nicht gesehen. Wir sind zu wohl erzo-gen, um diese Mädchenheiligtümer durch unsre Anwesenheit zu entweihen, aber wir vermuten, sie — duften

auch. (Sind denn die Mädchen auch im Kost- und Logiszwang? Die Redaktion.)

Daß es dem Inhaber eines derartigen Musterbetriebes nicht gelingt, hier am Platze die nötigen Arbeitskräfte zu erhalten, ist erklärlich. Inserate im Thiele, Thalacker u. dergl. Offertenblättern müssen dann fremde, mit den Verhältnissen unbekannt Kollegen heranziehen.

Es sei hiermit darauf aufmerksam gemacht!

„Organisierte“ haßt Onkel natürlich wie die Sünde. Wehe dem „Allgemeinen“, der es wagen wollte, sein Grundstück zu betreten, um die Kollegen mit dem Organisations-Bazillus zu infizieren. — Und doch, Herr Trauwitz! — —m.

Auch das Gewerbegericht in Quedlinburg erklärt sich jetzt zuständig.

Dem in vorvoriger Nummer berichteten Erfolg in der Gewerbegerichts-Zuständigkeitsfrage hat sich ein weiterer angeschlossen. Der letzte Anstoß zu der Lösung in Quedlinburg ging von unserm dortigen Zweigverein aus und wurde tatkräftig unterstützt von den freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbeisitzern am dortigen Gewerbegerichte. Am 22. Juni haben die letzteren den Erfolg ihrer Bemühungen durch folgende, ihnen vom Magistrat zugesandte Eröffnung bestätigt erhalten:

J. No. 4129. 1.

„Wir halten die Rechtsauffassung, die das Gesamt-Gewerbegericht in seiner Sitzung am 22. März 1909 vertreten und in folgender Weise zum Ausdruck gebracht hat, für zutreffend.

1. Die hiesigen Kunst-, Zier- und Handelsgärtnereien betreiben ein Handelsgewerbe im Sinne der Reichsgewerbeordnung, weil sie den Betrieb in großem Umfange und in kaufmännischen Formen betreiben und der Schwerpunkt ihres Betriebes nicht in der Selbsterzeugung, sondern in der Verarbeitung und Veredelung der Rohstoffe liegt, d. h. in einer Tätigkeit, die sich von der gewöhnlichen Bodenbearbeitung weit entfernt und deshalb nicht mehr unter den der Landwirtschaft fällt.

2. Die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, gleichviel ob sie Gärtnergehilfen oder Gärtnerlehrlinge oder ungelernete Arbeiter sind, sind gewerbliche Arbeiter im Sinne des Titel 7 der Gewerbeordnung.

3. Handelt es sich um eine Klage von Arbeitern in solchen Kunst-, Zier- und Handelsgärtnereien, welche neben dem Gärtnereibetriebe noch Landwirtschaft in großem Umfange betreiben, so muß von Fall zu Fall geprüft werden, in welchem Betriebe die Arbeiter ausschließlich oder hauptsächlich beschäftigt werden.

Wir haben deshalb beschlossen,

a, bei den nächsten im Jahre 1911 stattfindenden Wahlen für die Beisitzer des Gewerbegerichts die gewerblichen Arbeiter der hiesigen Gärtnereien, bei denen die im §§ 11 und 14 des Gewerbegerichtsgesetzes vorgeschlagenen Erfordernisse vorliegen, in die vom Magistrat anzulegenden Wählerlisten aufzunehmen.

b, dahin zu wirken, daß die in den hiesigen Gärtnereien beschäftigten gewerblichen Arbeiter (Gärtnergehilfen, Gärtnerlehrlinge) die hiesige Fortbildungsschule vom 1. April 1911 ab besuchen, sofern sie das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Quedlinburg, den 19. Juni 1909.

Der Magistrat, gez.: Severin.“

Ein Erfolg liegt hier für Quedlinburg also vor. Aber auch in diesem Falle sind wir nicht ganz zufrieden. Uns gefällt daran der angelegte Maßstab nicht. Die Zuständigkeit wird ausgesprochen, weil es sich in den Quedlinburger Gärtnereibetrieben um „Handelsgewerbebetriebe“ handelt. Demgemäß betrachtet man das betreffende Arbeitspersonal als „Handelshilfsarbeiter“. Zweifellos mit einem gewissen Recht. Der handelsbetriebliche Charakter der Gärtnereien ist gegeben, weil diese vorwiegend in kaufmännischen Formen betrieben werden und auch in das Handelsregister eingetragen sind.

Für Quedlinburg läßt sich also mit dem angewendeten Maßstab füßlich auskommen; wollte man denselben aber auch überhaupt bei Gärtnereien anlegen, so wäre damit bitter wenig zu gewinnen; denn wirklich handelsgewerblich werden nur einzelne Gärtnereien betrieben. Es handelt sich für uns letzten Endes darum, anerkannt zu wissen, daß auch die Produktionstechnik eine Gärtnerei als Gewerbe kennzeichnet. Dazu aber benötigen wir Anerkennnisse, die sich auf einer Grundlage bewegen wie das Urteil des Landgerichts II in Berlin (betreffend Landschaftsgärtnerei) und das Urteil des

Gewerbegerichts zu München (betreffend Blumen- und Pflanzenbau), abgedruckt in unserm Artikel „Gärtner und Gesindeordnung im Königreich Sachsen“, Nr. 23, Seite 181 d. Zeitung. Diese unsre Bemerkungen richten sich an den Magistrat und an das Gewerbegericht in Quedlinburg; von dem letzteren erwarten wir, daß es gelegentlich solches in einem Urteil aussprechen möge.

Unsre Quedlinburger Kollegen beglückwünschen wir zu dem für sie eingetretenen Doppel-Erfolge. Die Fortbildungsschulpflicht auf die Gärtnerlehrlinge auszudehnen war hier nur möglich, indem zuvor der Gewerbecharakter anerkannt war; nach seiner Anerkennung ergab diese Fortbildungsschulpflicht sich von selbst.

Rundschau.

Berlin, den 6. Juli 1909.

Im Reichstage arbeitet der konservativ-klerikale-polnische Schnapsblock zur Zeit mit Hochdruck an der Auspowerung der breiten Massen durch neue indirekte Steuern auf notwendige Genußmittel des Volkes, während alle die Steuern abgelehnt wurden, die besonders den Großgrundbesitz treffen. Agrarisch ist Trumpf. In der vorigen Woche wurde die Tabaksteuer verabschiedet. Der Tabak mußte schon früher bluten und soll auch jetzt wieder erhalten.

Durch diese Maßnahmen wird die Arbeiterschaft in der Tabakindustrie schwer betroffen. Viele Entlassungen werden nach Einführung der Steuern die Folge sein; Not und Elend wird in so manche Arbeiterfamilie ihren Einzug halten, wo jetzt schon Schmalhans Küchenmeister ist.

Da nun trotz aller Mahnungen seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion diese volksfeindliche Steuer beschlossen wurde, legte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag vor: „Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter.“

Personen, die als Arbeiter oder Arbeiterinnen in der Tabakindustrie gearbeitet haben und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Tabaksteuergesetzes durch Einschränkung der Produktion oder durch Verlegung der Fabriken, oder durch Übergang vom Handbetrieb zur Fabrikation vermittelst Maschinen arbeitslos werden, erhalten Entschädigung, und zwar, wenn sie zur Zeit des Eintritts der Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr, aber nicht länger als zwei Jahre sich als Tabakarbeiter oder -arbeiterinnen ernährt haben, den Betrag eines Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 500 Mk.; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zwei Jahre, aber weniger als zehn Jahre als Tabakarbeiter oder -arbeiterin ernährt hat, den dreifachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber eintausend und fünf hundred Mark; wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin sich länger als zehn Jahre als Tabakarbeiter oder -arbeiterin ernährt hat, den fünf-fachen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber zweitausend und fünf hundred Mark.“

Dies ging aber dem Zentrum zu weit. Um aber auch seine bekannte arbeiterfreundliche Heuchelei zu zeigen, brachten die vier Parade-„Arbeitervertreter“ des Zentrums einen ähnlichen Antrag ein. Nach diesem Antrag soll den Arbeitslosen nur drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes entschädigt werden. Die näheren Bestimmungen bleiben der Regierung überlassen.

Welch erhebliche Verschlechterung des sozialdemokratischen Antrages dieser Zentrumsantrag bedeutet, das bedarf keiner weiteren Nachweisung. Es ist ein elendes Surrogat des sozialdemokratischen Gedankens. Nicht einmal dazu haben sich die Herren christlichen „Arbeitervertreter“ aufraffen können, den blutarmen Tabakarbeitern, die ihre Existenz verlieren, die Unterstützung in der Höhe ihres bisherigen wirklichen Verdienstes zuzubilligen. Nur drei Viertel wollen sie ihnen gewähren — eine gradezu aufreizende Sparsamkeit, wenn man bedenkt, daß viele dieser unglücklichen Tabakarbeiter kaum 600 Mark im Jahre verdienen! — Mit jämmerlichen Bettelgroßchen glaubt das Zentrum sein Verbrechen an den Tabakarbeitern zudecken zu können!

So sieht die bekannte Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums aus, die die christlichen Agitatoren immer im Munde führen. Die ganze Geschichte der „christlichen“ Zentrumsparthei, mit den christlichen Gewerkschaften als Anhang, ist ein Verrat an der Arbeiterschaft.

Allen Kollegen können wir bei dieser Gelegenheit nur wiederholt empfehlen, die Arbeiterpresse genau zu verfolgen, damit jeder über die Situation unterrichtet ist.

Ein Zeugnis für die Sozialdemokratie. Im Juni-Heft der Monatsschrift „Nord und Süd“

schreibt Professor Niebergall in einem Aufsatz über das geistige Leben der Bauern und Arbeiter:

„So wie die Leute eben vom Lande kommen, sind sie meistens nur für die ungelernete Arbeit zu gebrauchen. Ich weiß von einem Fabrikanten, dem nicht nur im Zorn die Worte entfahren sind, daß viele seiner Arbeiter nur darum keine Sozialdemokraten sind, weil sie dafür zu dumm wären; wenn sie nur solche wären, dann würden sie auch gescheiter und für die Arbeit besser zu gebrauchen sein. Das ist gewiß ein glänzendes Zeugnis für die Sozialdemokratie aus beruflichem Munde. Und in der Tat, das kann man wohl sagen: sie kommt nur dahin, wo einigermaßen höhere Interessen sind, und wo sie herrscht, da weckt sie höhere Interessen. Sie gilt schon jetzt in weiten Kreisen als die Weckerin des geistigen Lebens der Leute; was die Volksschule begonnen, was aber alle bürgerlichen Veranstaltungen nicht fertig gebracht haben — wer hat sich übrigens in solchen Kreisen außer in Wahlzeiten um das geringe Volk gekümmert? das rächt sich jetzt bitter —, das hat die Sozialdemokratie fest in die Hand genommen.“

Herr-Niebergall ist nicht der einzige einsichtige Bürgerliche, der diese Beobachtung gemacht hat. Aber nur wenige haben den Mut, sie öffentlich zu bekennen.

Die Affen haben bekanntlich eine besondere Vorliebe, alles Mögliche nachzumachen, was dann dem Zuschauer eine große Freude bereitet. Daher auch die Redensart von dem Nachäffen. Ebenso steht es zur Zeit bei unsern lieben Brüdern in Christo. Bei diesen Leuten redet man nun auch in dem Halbmonatsorgan für Verblödung der Gärtnergehilfen seit einigen Wochen von einer inneren Reform und der Einführung von Staffelbeiträgen. Wenn wir uns mit einer Frage beschäftigen, wird diese auch bei dem „christlichen“ Gärtnerverbande aktuell. Dies ist ja auch ganz natürlich, denn die gesamte „christliche“ Arbeiterbewegung ist ja weiter nichts als eine plumpe Nachäffung der modernen Arbeiterbewegung.

Dies hat aber die Herren Banner und Genossen nicht abgehalten, vor einigen Wochen von einer Krise im A. D. G. V. zu fassen und natürlich hierbei auf christliche Art und Weise die Tatsachen zu verdrehen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigte sich am 16. Juni mit der Berichterstattung über die Generalversammlung der Metallarbeiter. Selbstverständlich hat die „Leipziger Volkszeitung“ bei dieser Gelegenheit wieder mal die Gewerkschaftsbeamten auf ihre Art abgeburstet. Jedoch dürfte diesesmal der Gipfel erreicht sein, und wollen wir unsern Lesern einige Beispiele dieser Art parteigenössischer Kritik geben. Es heißt in dem Artikel unter anderem:

„Wenn Lessing einmal ein Buch schreiben wollte über das Thema: Gutes aus schlechten Büchern, so könnte man jetzt versucht sein, eine Abhandlung zu schreiben über das Thema: Das Nützliche einer schädlichen Taktik. In der Tat hat der Genosse Schlicke und die Generalversammlung der Metallarbeiter mit ihrer Taktik, die sie zur Abwürgung der Maifeier eingeschlagen haben, dieser Feier mehr genützt als geschadet: denn sie haben die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf die geheime Maulwurfsarbeit aufmerksam gemacht, die seit Jahren in gewissen Gewerkschaftskreisen, und vor allem in der Verbandsleitung der Metallarbeiter gegen das Maifest der Arbeit systematisch betrieben wird. Den deutschen Arbeitern aber ist die Maifeier viel zu sehr ans Herz gewachsen, als das sie geneigt wären, sich ihr Fest durch eine noch so raffinierte Taktik einiger ihrer „Führer“ verschandeln und verschlammten zu lassen. Sie werden ihnen ein donnerndes: bis hierher und nicht weiter! zurufen, mag auch der Dünkel und der Hochmut einiger dieser gewerkschaftlichen Emporkömmlinge und ihre Verachtung des großen Pöbels da draußen noch so große Dimensionen angenommen haben. Klage doch schon der Delegierte zur Hamburger Generalversammlung der Metallarbeiter, Dittmann-Hamburg, über die „Selbstherrlichkeit der Leitung“ und die „unwürdige Bevormundung der Kollegen“, was ihm freilich von dem Vorsitzenden Schlicke nur die erhabene Bemerkung eintrug, daß man ihn nicht ernst nehme. Aber freilich! Schlicke nimmt ja auch die Parteipresse „nicht ernst“, wenn sie gegen seine dünkelfahnen Bevormundungsversuche protestiert! Bisher war für diesen Hochmutsteufel kein Raum in der Arbeiterbewegung. Er galt als die widerlichste Eigentümlichkeit von Kolonialassessoren und Regierungsräten. Mögen die deutschen Arbeiter dafür sorgen, daß sich dieses Parvenüprotzertum nicht in den Kreisen ihrer „Führer“ festsetzt.“

Es ist ein Skandal, derartige Stilübungen in einem Parteiblatt zu finden. Man braucht sich nicht

zu wundern, wenn die Hetze gegen die Gewerkschaftsbeamten bei gewissen Elementen nun immer mehr um sich greift. Die „Leipziger Volkszeitung“ liefert darin ein Schulbeispiel, hätte aber allen Anlaß, nicht von „Emporkömmlingen“ und „bezahlten Führern“ zu reden.

Von anderer Stelle wurde den betreffenden Personen schon mit vollem Recht eine gründliche Kaltwasserkur empfohlen, — ehe es zu spät wird. Wir möchten dem noch Folgendes hinzufügen. Jene Kreise berufen sich immer auf die Stimmung der Massen, die den „selbstherrlichen Gewerkschaftsbeamten“ ein donnerndes Halt zurufen würden. Wir empfehlen so eine Art Strafversetzung auf zwei bis drei Jahre auf das platte Land, damit sie dort einmal die tatsächliche Stimmung der Massen kennen lernen würden, vorausgesetzt, daß sie noch einer Belehrung zugänglich sein sollten.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Kiel dauert unverändert fort. Bis zum 28. Juni war die Zahl der an der Bewegung Beteiligten auf 540 angewachsen, davon sind 317 vom Magistrat aufs Pflaster geworfen. — Die Reihen der Streikbrecher haben sich in den letzten Tagen immer mehr gelichtet, haben doch immer wieder einige die Betriebe verlassen. 25 Arbeiter hatten die bisher innegehabte Wohnung gekündigt; am Monatswechsel mußten sie ausziehen. Trotz der immer drückender werdenden Kalamitäten in der öffentlichen Beleuchtung, Straßenreinigung sowie der Müll- und Fäkalienabfuhr sorgt der Magistrat noch nicht für Schaffung geordneter Verhältnisse. Die Ausständigen und die Ausgesperrten halten aber aus, sie sind fest gewillt, ihren Forderungen zum Siege zu verhelfen. Zum Leidwesen des Magistrats und seiner Helfershelfer hat sich unter ihnen noch nicht ein einziger Abtrünniger gefunden.

In einer Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten, die am 1. Juli stattfand, wurde beschlossen, ohne bestimmte Zusicherungen bezüglich der Arbeitsbedingungen den Ausständigen die Aufnahme der Arbeit nicht zu empfehlen.

Gegen die den Streikenden von der bürgerlichen Presse angedichteten Schand- und Missetaten erhob die Versammlung energischen Protest, besonders wiesen die Versammelten die Verdächtigung zurück, daß Streikende den Brand der Poudrettenfabrik angelegt hätten. — Wenn der Zuzug weiter so ferngehalten wird, wie bisher, muß der Kampf für die Ausständigen günstig enden.

Fortgesetzter Tarifbruch durch Unternehmer. Die Schlichtungskommission für das Steinsetzgewerbe in Leipzig entschied kürzlich, daß drei Leipziger Steinsetzfirmen wider den bestehenden Tarif verstoßen haben. Eine Firma hielt darauf die Tarifbestimmungen ein, die zwei ändern aber kehrten sich nicht daran; sie setzten sich über den Schiedsspruch hinweg und brachen so fortgesetzt und bewußt den bestehenden Tarifvertrag. Die Firma Friedrich Walther ließ entgegen den Bestimmungen im Tarifvertrag das Plattenlegen im Akkord nur von Hilfsarbeitern ausführen und die Firma Weißfogel forderte von den im Lohn arbeitenden Steinsetzern eine Mindestleistung von täglich 25 m Kabelgrabenlänge. Für jeden weiteren Meter zahlte sie 30 Pfg. Das war also tariflich verbotener Akkord in anderer Form. Vor der nun wieder angerufenen Schlichtungskommission versuchte der Unternehmer Weißfogel zu leugnen, bis ihm von Zeugen klipp und klar der Tarifbruch nachgewiesen war. Dann lenkte er ein, bat höflich um Entschuldigung und versprach auf „Ehrenwort“, den Tarif nie wieder zu verletzen. Dem Ruffel seiner Unternehmerkollegen im Schiedsgericht entging er deshalb aber doch nicht. Die Kraft des Unternehmerehrenwortes muß sich aber erst noch erweisen.

Bewaffnete Streikbrecher. Die Ausrüstung der dem Staate nützlichen Elemente mit Revolvern scheint allgemein Mode zu werden. Auch beim Holzarbeiterstreik in Rathenow markieren sie die furchtlichen Kerls und fuchteln mit ihren Revolvern in der Luft herum. Mehrere Arbeitswillige, die für den Tischlermeister Magel angeworben waren und von Berlin mit der Bahn eintrafen, bedrohten die Streikposten mit Revolvern, als diese Ausständigen sie über die Sachlage am Orte zu unterrichten versuchten. Schon im Eisenbahnzuge hatten diese Helden, wie festgestellt worden ist, Mitreisende, die nach Rathenow fahren, in derselben Weise bedroht, sodaß die Reisenden beim Stationsvorsteher Beschwerde führten. Trotzdem konnten die gefährlichen Burschen, von der Polizei unbehelligt, in Rathenow einziehen. Sie mußten indes wieder abziehen, denn der Unternehmer verzichtete, als er von dem gewalttätigen Verhalten der Arbeitswilligen erfuhr, auf deren Einstellung.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Gärtner in den öffentlichen Parkanlagen der Stadt Berlin als Samariter ausbilden zu lassen soll angeblich vom Berliner Magistrat geplant sein. Zugleich sollen an geeigneten Stellen in den Anlagen Verbandskästen aufgestellt werden. Auf den Plätzen, wo in der warmen Jahreszeit täglich Hunderte von Kindern sich tummeln, passiert bei den Spielen der Kleinen so mancherlei, was das schnelle Eingreifen einer geschulten Hand erfordert. Aus dieser Erwägung heraus ist der Gedanke, die Gärtner zum Samariterdienst heranzuziehen, entstanden. Das Vorhaben ist zu begrüßen.

Karlsruhe i. B. Stadtgarteninspektor Ries. Bereits in der vorigen Nummer haben wir über diesen Herrn einiges mitgeteilt. Wir tragen heute noch folgendes nach, das wir gleichfalls der „Gewerkschaft“ entnehmen (berichtet vom Gauleiter Heckmann):

„Herr Ries liebt es, Kraftausdrücke zu gebrauchen und die Arbeiter mit den Titeln jener Kategorie wenig wünschenswerter Mitbürger zu belegen, als da sind: liederliche Lumpen, Gauner, Tagdiebe, Sempel, Schnapslumpen u. s. w.“

Doch zuweilen liebt er es auch der Abwechslung halber seine Titulaturen der Tierwelt zu entnehmen, und es ist immerhin noch als ein Vorzug zu betrachten, daß er dabei im allgemeinen die einheimischen, vom Standpunkt des Landwirts sehr nützlichen Wiederkäuer und Huftiere bevorzugt, wie z. B.: Rindviecher, Drecksäue. Weniger geschmackvoll ist freilich der Ausdruck Hundsknochen.

Ferner gehört es zu den Gewohnheiten des Herrn Stadtgardendirektors, seine Arbeiter bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit als minderwertige Arbeitskräfte hinzustellen, die ihren Aufgaben nicht vollaufgewachsen seien.

Es liegt uns fern, die technischen Leistungen des Herrn Stadtgardendirektors irgendwie kritisieren oder mit dem gleichen Maßstab messen zu wollen, den er anlegt, aber soviel darf doch wohl gesagt werden, daß Herr Ries, der sich vom Straßenmeister zum Stadtgardendirektor entwickelt hat, ohne die Mithilfe seiner Arbeiter nicht imstande gewesen wäre, brauchbares zu leisten. Im übrigen leitet Herr Ries sein jetziges Ressort schon seit 30 Jahren, hat also die Arbeiter fast alle selbst eingestellt. Er schneidet sich also ins eigene Fleisch, wenn er fortwährend versucht, die Leistungen der Arbeiter herunterzusetzen, denn auch der notwendige Scharfblick, tüchtige Kräfte auszuwählen, gehört zu den für einen leitenden Beamten erforderlichen Eigenschaften.“

Nach dem hier Gesagten darf es nicht wundernehmen, wenn der Herr Stadtgardendirektor seine Gärtner in die beiden untersten Lohnklassen einteilt, obwohl gelernte Arbeiter laut Einführungsbestimmungen nicht nach diesen, sondern nach den höheren Klassen entlohnt werden müssen. Von den Einführungsbestimmungen behauptete er dem Ausschuß gegenüber überhaupt keine Kenntnis zu haben. Gleichzeitig aber verfügte er eine weitgehende Beschränkung des Sonntagsdienstes, sodaß einzelne Arbeiter statt einer Aufbesserung einen Lohnverlust bis zu 150 Mk. jährlich erlitten hätten, wenn nicht auf unsre Beschwerde beim Statistischen Amt eine anderweitige Regelung erfolgt wäre, oder noch erfolgen würde.

Gelegentlich der letzten Voranschlagsberatung wurden diese Praktiken seitens einiger sozialdemokratischer Stadtverordneten gebührend gekennzeichnet, was zwei bürgerliche Mitglieder des Kollegiums veranlaßte, die „Verdienste“ des Herrn Ries zu feiern, der eher Lob als Tadel verdiene. Man braucht sich wohl über dergleichen nicht sonderlich aufzuregen, denn der „verdienstvolle Beamte“ gehört ebenso zum bürgerlichen Sprachgebrauch wie die bekannte „fieberhafte“ Tätigkeit der Polizei und was dergleichen Redensarten mehr sind; aber immerhin dürfte man erwarten, daß die Tätigkeit der Arbeiter ebenso gewürdigt wird, wenn sie auch nicht so viel dabei „verdienen“ wie die Herren Beamten. Herr Ries führte zu seiner Entschuldigung an, der verstorbene Oberbürgermeister habe einmal zu ihm gesagt: „Solange Sie von diesen Leuten angegriffen werden, sind Sie auf dem richtigen Weg, sehen Sie zu, daß Sie von solchen Leuten nicht gelobt werden.“

Abgesehen davon, daß Herr Ries damit dem Andenken seines Herrn einen sehr zweifelhaften Dienst erwiesen hat, sollte grade er sich hüten, solche Aussprüche zu gebrauchen, denn der Verstorbene hat auch in bezug auf Herrn Ries noch andre Aussprüche getan, deren Zitierung ihm gewiß nicht angenehm wäre.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher Amt 3, 5882

Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Strasse und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte

Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit

bekannt, daß mit Sonntag, den 11. Juli der 29.

Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 11. Juli bis

17. Juli 1909 fällig ist.

— An die Vorstände, besonders die Kassierer der örtlichen Verwaltungen des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins!

Wegen der Abfassung des Geschäftsberichtes für die kommende Generalversammlung ist es notwendig, daß nun die Abrechnungen sofort erledigt und an die Hauptverwaltung eingesandt werden. Bis spätestens 15. Juli, besser ist es aber schon bis 10. Juli, müssen die Abrechnungen in unseren Händen sein. Wenn die Abrechnungsformulare später eintreffen, oder wenn die fällige Geldsendung bis zu genanntem Termin nicht eingelaufen ist, kann für die rückständigen Orte das Ergebnis der Abrechnung des zweiten Vierteljahres 1909 bei der Berechnung der Delegierten laut § 27 der Statuten nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir ersuchen dringend, Vorhergesagtes zu beachten, dementsprechend zu handeln, damit uns keine unnötige Arbeit entsteht.

Die Pünktlichen.

— Für das zweite Vierteljahr 1909 haben bis einschließlich 6. Juli abgerechnet: Augsburg, Barmen-Elberfeld, Coblenz, Crefeld, Dortmund, Essen, Flensburg, Frankfurt a. M., Hattingen, Homburg, Karlsruhe, Kiel, Lüdenscheid, Reichenbach, Remscheid und Zeitz.

— Zur Tagesordnung der Generalversammlung. Es ist noch nachzutragen, daß das Referat über die internationale Organisation der Gärtner Kollege Walter Kwasnik, Berlin, übernommen hat.

— Arbeitslosenstatistik. Wir ersuchen dringend um sofortige Einsendung der Berichtskarten für das verfllossene Vierteljahr.

— Essen. Adresse des Vorsitzenden, Kollege Karl Thamm, ist jetzt: Reklinghauserstr. 118, II. Sprechstunden: mittags 12 bis 1 Uhr und abends 7 bis 9 Uhr.

— Hamburg. Ortsverwaltung. Sonnabend, den 17. Juli haben die Bergedorfer Kollegen ihr erstes Vergnügen. Eine Anzahl Hamburger Kollegen beabsichtigt, dasselbe zu besuchen. Treffpunkt: Sonnabend abends 8 Uhr Dammtorbahnhof, ab dort 8,22 und 8,58, ab Hauptbahnhof 10 Minuten später. Es fahren auch später noch Züge. Sonntag früh Morgentour im Sachsenwald. Festlokal: „Waldhaus“ im Bergedorfer Gehölz, Inhaber: Honig.

— Hamburg ist mit Arbeitskräften überfüllt. Die Aussperrung und der Streik im Bauberufe verschlechtert die Lage noch besonders. Vor Zuzug nach hier wird daher gewarnt.

Der Vorstand.

— Reichenbach i. V. Das Vereinslokal befindet sich ab 1. Juli im Gasthof Neue Welt. Dasselbst auch Herberge.

Inhaltsübersicht zu No. 28.

Zu den Generalversammlungs-Anträgen. — Organisationsfragen. IX. X. — Zum Ausban unsres Beitrags- und Unterstützungswezens. VIII. — Nachträglich eingelaufene Anträge. Fachliche Mitteilungen. R u n d s c h a u: Lavendel; Magnolia stellata; Einjährige Lupinen für den Schnitt; Polygonum alpinum; Centaurea dealbata; Abstammung bekannter Rosen; Ein neuer Erdbeerzweigmilch; Ueberwinterung des Kohls; Sprossen Broccoli „Adria“; Italienischer Fiesanblumenkohl; Winterpäfel. — Frazeiken. — Wie muß ein Gutsgärtner beschaffen sein? — Ein Musterbetrieb. — Auch das Gewerbebericht in Quodlinburg erklärt sich jetzt zuständig. — R u n d s c h a u: Der Schnapsblock im Reichstage und die Tabaksteuer; Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums; Ein Zeugnis für die Sozialdemokratie; Vom Nachschaffen der Christlichen; Bannier und Genossen; Die „Leipziger Volkszeitung“ auf ihrer Höhe als Beirätlerin der Gewerkschaften; Der Streik der städtischen Arbeiter in Kiel; Fortgesetzter Tarifbruch durch Unternehmer; Bewaffnete Streikbrecher. — Korrespondenzen: Berlin; Karlsruhe i. B. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Eine kleine Erinnerung; Katechismusfragen; Die Indifferenten.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerei betreffende, gründliche (192A+) wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen Gärtner-Lehranstalt Köstritz

der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

- I. Kursus für Gehilfen.
II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.
III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.
IV. Kursus f. Obstbautechniker.
Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Der Herausgeber des Buches

Aus der Tiefe

ersucht alle Arbeiter und Arbeiterinnen jeder Art, welche in ihren Mußstunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Pappe, Holz usw. verfertigt haben, sich mit ihm in Verbindung zu setzen.

Gärtner oder Landwirte!

Wegen vorgerückten Alters verkaufe ich sofort oder später mein in der Kreisstadt Regenwalde geleg. ca. 8 Mrg. großes Gärtnergrundstück mit allem lebenden und toten Inventar z. Preise von 30000 Mk. bei 10000 Mk. Anzahl.

Alle Sorten Obst, Kartoffeln kauft ständig zu höchsten Marktpreisen Carl Westphal, Altona a. E. (1178/32) Landesprodukte

S. Kunde & Sohn Dresden Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung. Über tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen.

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

BREMER ZIGARREN! 300 Stück wirklich gute 5 und 6 Pfg.-Zigarren versende zum Preise von 12 Mk. franko Nachnahme. (1181/30) Wilhelm Kröger, Bremen 6.

Gärtnerei

mit ca. 5 Morgen Feld, soll wegen vorgerückten Alters des Besitzers für den billigen Preis von 22000 Mk. bei 10000 Mk. Anzahlung sofort verkauft werden.

Tüchtiger verheirateter Gärtner gesucht, durchaus fleißig und im Park sowie Garten-Arbeit bewandert für dauernde Stellung.

Der „Wahre Jacob“ bringt in der 14. Nummer des 26. Jahrgangs einen Aufsatz über „Wilhelm Wolff“ aus der Feder von W. Bloss, nebst Porträt von Wolff, ferner Porträt des verstorbenen Genossen Hermann Goldstein, nebst einem Nachruf für denselben.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben No. 20 des 19. Jahrgangs zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.;

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Meyers Klassiker-Ausgaben

Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband

Table with 2 columns listing books and their prices. Includes titles like Aram, Brentano, Bürger, Chamisso, Eichendorff, Gellert, Goethe, Grillparzer, Hauff, Hebel, Heine, Herder, L.T.A. Hoffmann, Immermann, Jean Paul, H. v. Kiehl, Körner, Lenau, Lessing, Ludwig, Novalis, Platen, Reuter, Rückert, Schiller, Shakespeare, Tieck, Uhland, Wieland.

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrs-Lokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen: Rest. Zur Reichshöhe von Robert Kämpfer, Unterbarmen, Alleestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022)
Barmen, Gasthaus zur Stadt Hamburg, Rüdigerstrasse 16. (Wirt: Albert Vogel.) Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 8. Samstag im Monat. (1023)
Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal Herberge Stellenaussgabe: 11-12 Uhr ebenda.
Berlin W., Vorbergstr. 9, Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024)
Blankensee, Rest. Bernh. David, Döckenhuden. Bahnhofstr. Vers. So. n. 1. u. 15. (1025)
Braunschweig, Schöppenstedterstrasse 3, Zum schwarzen Ross, Verkehrslokal. Vsl. j. Sbd. (1026)
Charlottenburg, Osnabrückerstr. 30, F. Krull, Verkehrs- und Versammlungslokal. (1028)
Okenultz, J. Maternus unt. Hainstr. 7. Versammlung. N. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53, J.

Cöln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; dasselbst Stellennachweis u. Bittensitzung. (1029)
Dresden-A., Ritzschbergstr. 2 und Marxstr. 18. Dresdener Volkshaus, Verkehrslokal u. Herberge.
Dortmund, Ostwall 17, Zum Bienshaus, Inh. Menteler, Verkehrslokal, Herb. u. Stellenn. Vers. Samstag nach dem 1. u. 15. (1030)
Düsseldorf, Flingerstr. 40-42, Zum gold. Schellfisch, W. Dillberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (1031)
Elberfeld, Volkshaus, Hombüchlerstr., Versg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)
Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurt, jeden Samstag Versammlung. (1035)
Frankfurt a. M.-Nordend, Restaurant Erl, Eckonheimerlandstr. 164. Versammlung Freitag nach dem 1. u. 15. (1036)
Grünevald, Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verk.-Lok. Versg. Sonnabend n. d. 1. J. M. Gut. Mittagstisch.

Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr. (1037)
Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangelstrasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 1. u. 8. Dienstag 1. M. (1038)
Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)
Leipzig, Volkshaus, Zeitzerstrasse.
Lübeck, Rest. Martin Neilsen, Kl. Burgstr. 25. Verkehrslokal u. Nachlogis. Gute Speisen. (1040)
Magdeburg, Knochenhauerufer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe. Vereinslokal. Zentralverb. Kleine Klosterstr. (1041)
Mannheim H. S. S., „Volksstimme“, R. 8. 14. Vereinslokal des Zweigvereins. (1042)
Mülhausen im Elsass, Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 18.
München, Rest. Högerbräu, Thal 75. Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden vierten Samstag im Monat. (1043)
Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus Paul Rozycki, Kreuzstr. 8-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045)

Steglitz, Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117, Versg. Donnerstag n. 1. u. 15. (1046)
Nieder-Schölkhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (1044)
Benscheid, Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 13. Auch Herberge. (1046)
Sellinga, Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41. Zweigvereins-Lokal (1047)
Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiekerstr. 211. (1049)
Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Esslinger Str. Nr. 17-19. Stellennachweis: Stadt. Arbeitsamt.
Wandsbeck, Lübeckstr. 55, W. Jeenicke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (1051)
Weissensee, Restaur. Aug. Reimann, Wörthstrasse 23. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1052)
Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritzerstr. 41, Vereinslokal. Ebendort: Arbeitsnachweis.
Zürich, Hinterer goldener Stern, Bellevueplatz Versamml. 14 tägig Sonnabends. (1058)